



Gestern wurden weitere Nachrichten aus einem Signal-Gruppenchat veröffentlicht, in dem hochrangige Sicherheitsbeamte des US-Präsidenten Donald Trump Pläne zur Bombardierung von Huthi-Zielen im Jemen diskutierten. In diesen Chat war versehentlich auch der Chefredakteur des Magazins *The Atlantic* eingebunden worden.

Bei einem Auftritt vor der Presse spielte Trump die Bedeutung des Leaks herunter und bezeichnete die Aufregung als „Hexenjagd“. Er machte die Messaging-App für die versehentliche Einbindung des Journalisten verantwortlich.

Vertreter der Demokratischen Partei forderten daraufhin den Rücktritt von Verteidigungsminister Pete Hegseth. Ihm wird vorgeworfen, durch die Preisgabe des genauen Zeitpunkts der Angriffe amerikanische Soldaten gefährdet zu haben. Hegseth wies die Vorwürfe zurück und erklärte, es habe sich bei den Informationen nicht um „Kriegspläne“ gehandelt.

Technisch gesehen enthielten die Nachrichten keine formalen Kriegspläne. Allerdings sind die Beschreibungen von Hegseth derart detailliert gewesen, dass dieser Unterschied kaum relevant gewesen ist.

Wären die Nachrichten geleakt worden, hätten die Huthis im Voraus gewarnt werden können, die betreffenden Orte zu verlassen und einen Erfolg Operation zu vereiteln. Die Rebellen hätten auch Angriffe auf die US-Flugzeuge vorbereiten können – was das Leben der Piloten gefährdet hätte.

Handelskrieg: Trump kündigte neue Zölle an

Trump kündigte an, einen Einfuhrzoll von 25 Prozent auf alle Autos und bestimmte Autoteile zu erheben, die in die USA importiert werden. Die Maßnahme könnte die Lieferketten stark beeinträchtigen und zu spürbaren Preiserhöhungen für US-Verbraucher führen – gleichzeitig könnten aber auch Unternehmen wie Tesla profitieren.

Waffenstillstandsgespräche verschaffen Russland Zeit

Widersprüchliche Aussagen aus Russland, den USA und der Ukraine zu den laufenden



Waffenstillstandsverhandlungen deuten auf einen chaotischen Prozess hin. Analysten zufolge spielt der Kreml gezielt auf Zeit und verschafft sich so strategische Vorteile.

Vereinbarungen über eine Waffenruhe im Schwarzen Meer sowie über ein 30-tägiges Aussetzen von Angriffen auf Energieinfrastruktur nutzen Moskau mehr als Kiew. Selbst Trump räumte jetzt ein, dass Russland die Gespräche möglicherweise absichtlich hinauszögert, um eigene Ziele voranzutreiben.

Es gibt erhebliche Zweifel daran, ob Russland ernsthaft verhandelt oder einfach nur auf Zeit spielt. Den bisherigen Stellungnahmen zufolge hat die Ukraine kaum etwas erreicht.

Trotz demonstrativer Einigkeit kämpfen die europäischen Regierungen damit, die finanzielle Lücke zu schließen, die durch den Rückzug der USA aus der Ukrainehilfe entsteht – und gleichzeitig ihre eigene Verteidigung zu stärken.

Opposition in der Türkei ruft zu Massenprotesten auf

In der Türkei fordert die Opposition die Bürger zu einer Großkundgebung auf, um gegen die Inhaftierung von Präsident Erdogans wichtigstem politischen Rivalen Ekrem Imamoglu zu protestieren. Zudem wird zum Boykott von Unternehmen aufgerufen, die Erdogan unterstützen.

Die Festnahme Imamoglus hat landesweite Proteste ausgelöst: Hunderttausende Menschen versammeln sich seither jede Nacht in Istanbul und anderen Städten. Die Regierung reagiert mit harter Hand. Nach Angaben des Innenministeriums wurden bisher über 1.300 Menschen festgenommen, darunter auch 11 Journalistinnen und Journalisten.

WEITERE NACHRICHTEN DES TAGES



- **Sudan:** Die Rapid Support Forces, eine paramilitärische Einheit, haben sich weitgehend aus der Hauptstadt zurückgezogen, die sie seit Beginn des Bürgerkriegs vor fast zwei Jahren besetzt hielten.
- **Südkorea:** Mindestens 24 Tote und zahlreiche Verletzte durch verheerende Waldbrände, die laut Behörden historische Ausmaße erreichen könnten.
- **Brasilien:** Der Oberste Gerichtshof ordnete ein Verfahren gegen Ex-Präsident Jair Bolsonaro an – wegen versuchten Staatsstreichs.
- **Gaza:** Hunderte Palästinenser protestieren bereits den zweiten Tag in Folge gegen die Hamas.
- **Israel:** Mit dem neuen Staatshaushalt sichert sich Premierminister Benjamin Netanjahu weiteren Rückhalt und zeigt, dass das Land weiter auf Kriegskurs bleibt.
- **Südkorea:** Eine Untersuchungskommission deckte auf, dass Adoptionsagenturen in der Vergangenheit fragwürdige Praktiken anwendeten, um Kinder in die USA und nach Europa zu vermitteln.
- **Indien:** Zahlreiche US-Unternehmen expandieren derzeit stark in Indien und eröffnen dort neue Büroparks.
- **Japan:** Masaki Kashiwara wurde mit dem diesjährigen Abel-Preis ausgezeichnet – dem Nobelpreis der Mathematik.